



Wortprotokoll der 49. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 18. Oktober 2023, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 3**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)...

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 3**

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschussberatungen

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 6**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur 49. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Wir haben für diesen Teil der Sitzung verabredet, dass wir zuallererst die regelmäßigen Tagesordnungspunkte abarbeiten werden. Neben mir haben schon zwei unserer drei Sachverständigen Platz genommen, nämlich Frau Kallee und Herr Prof. Klinge. Unsere dritte Sachverständige, Frau Zimmer, ist bereits online zugeschaltet. Ich begrüße Sie alle herzlich. Wir freuen uns, dass Sie hier sind und sind auf das Fachgespräch gespannt.

Tagesordnungspunkt 1

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)...

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Mangels Votenliste erübrigt sich eine Beschlussfassung. Der Prüfvermerk zum Cannabis-Gesetz steht noch aus. Dieser wird weiterbearbeitet, sodass wir dazu in der nächsten Woche voraussichtlich etwas verabreden können.

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Verabredet ist der Bericht aus dem Umweltausschuss. Hier haben sich dankenswerterweise die Kollegin Ganserer und der Kollege Mayer-Lay dazu bereiterklärt, kurz zu berichten. Deswegen schaue ich mal, wer von Ihnen beiden beginnen möchte. Frau Ganserer hat den Vortritt. Bitteschön, Frau Ganserer.

Abg. **Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dankeschön, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, hier im PBnE ist uns allen bewusst, dass die Beförderung eines SDGs nicht immer eine gleichlaufende Mitbeförderung aller anderen SDGs bedeutet. Gerade solche Zielkonflikte haben wir im letzten Jahr erlebt. Ich möchte die umfangreichen Gesetzespakete zur Sicherung der Energieversorgung, die notwendig waren als

Reaktion auf den furchterlichen Angriffskrieg, nicht nochmal im Detail erörtern. Wir haben das alle ausreichend mitbekommen. Diese Gesetzespakete zeigen, dass wir insbesondere im Umweltausschuss wiederholt Zielkonflikte durch gegenseitiges Abwägen aufzulösen haben. Auf der einen Seite haben wir eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Auf der anderen Seite stehen Klimaschutz, der Erhalt unserer Wirtschaftskraft sowie die Natur und der Artenschutz. Hier haben wir im letzten Jahr im Deutschen Bundestag eine ganze Reihe auf den Weg gebracht. Es liegt in der Natur der Sache, dass die einzelnen Parteien bei der Bewertung dieser Zielkonflikte zu unterschiedlichen Auffassungen kommen. Ich will nicht beschönigen, dass das teilweise kontrovers diskutiert wird. Jedoch denke ich, dass ein solches notwendig ist, um insgesamt zu einem guten Ergebnis zu kommen. In der Kürze der Zeit möchte ich ein paar Punkte ansprechen, die in den letzten Monaten Themen im Umweltausschuss waren oder die nächsten Wochen und Monate erneut Thema sein werden. Zum einen beschäftigt uns das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“, zu dem wir vor der Sommerpause schon eine Unterrichtung hatten. Diesen November werden weitere Fördermaßnahmen an den Start gehen. Das Hauptziel ist, mit diesem Förderprogramm den Beitrag der Ökosysteme zum natürlichen Klimaschutz zu leisten. Jenes aber eng abgestimmt mit anderen Maßnahmen und Strategien wie der Nationalen Wasserstrategie sowie der Moorschutzstrategie, sodass mit dem Klimaschutz Ziele wie Gewässerreinigung oder Erhalt und Schutz der Biodiversität gefördert werden. Wir haben im November 2023 das Klimaanpassungsgesetz, zu dem wir am 8. November 2023 eine öffentliche Anhörung im Umweltausschuss durchführen werden. Im Oktober 2023 hatten wir Unterrichtungen zum UN-Hochseeschutzabkommen, bei denen es mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, internationale Abkommen mit auf den Weg zu bringen, um die Meere und Ozeane entsprechend zu schützen. Ein stets präsent Thema ist der Atomausstieg und das, was uns die jahrzehntelange Nutzung dieser nicht beherrschbaren Risikotechnologie hinterlassen hat. Heute fand die Beratung des



Umwelthaushaltes statt, bei der deutlich geworden ist, dass ein Großteil des ohnehin schlanken Einzelhaushaltes dafür aufgebracht werden muss, die Hinterlassenschaften der Atomenergie sicher zu verwahren. Auch bezüglich der Frage des Endlagers Schacht Konrad wird es demnächst Entscheidungen geben. Für die Endlagersuche benötigen wir dabei einen transparenten Prozess, damit der bestgeeignete Standort gewählt wird und es nicht am Ende eines Suchprozesses wieder heißt: Ja, aber nicht in unserem Vorgarten. Das wird uns nicht nur in dieser, sondern auch in der nächsten Legislaturperiode weiter beschäftigen.

Zum Thema „Emissionsschutz“: Wir hatten im September 2023 zwei Anhörungen. Zum einen zur Luftqualitätsrichtlinie und zum anderen zum Gesetzentwurf zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Emissionsschutz sowie zur Beschleunigung emissionschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren. Das Thema „Luftqualitätsrichtlinie“ wäre dann schon der Anschluss an das Thema, das wir in der nächsten Sitzung im Austausch mit den Expertinnen und Experten vertiefen werden. Hier ist es unstrittig, dass wir in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte in der Luftreinhaltung erzielt haben, die Schadstoffbelastung jedoch weit über den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation liegt. Die Richtung wird in der Europapolitik festgelegt. Es ist wichtig, dass wir weitere Anstrengungen zum Schutz von Mensch und Gesundheit unternehmen und die Luftschadstoffe reduzieren. Es sind einige vorzeitige Todesfälle in Europa und auch in Deutschland zu verzeichnen. Es ist unsere Aufgabe in der Bundespolitik, dafür zu sorgen, eine stringente Luftreinhaltungspolitik hinzubekommen und nicht nur ehrgeizige Ziele in der Luftqualitätsrichtlinie festzuschreiben, sondern zu bewirken, dass alle begleitenden Richtlinien und Gesetzgebungen darauf hinzielen, in den einzelnen Sektoren zu einer Reduzierung zu kommen. Es soll am Ende nicht so laufen, dass die Kommunen die Leidtragenden sind, wenn die Grenzwerte nicht eingehalten werden und dann mit kommunalen Maßnahmen zur Einhaltung der europäischen Grenzwerte beitragen müssen, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben. Dahingehend werden wir im Umweltausschuss in den nächsten Monaten noch weitere intensive Debatten führen. Das war der Schnelldurchlauf zu

den Themen, die uns im Umweltausschuss beschäftigen. Der Kollege hat seine Unterlagen nun parat und wird meine Ausführungen ergänzen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön, Frau Ganserer. Genauso werden wir es handhaben. Bitteschön, Herr Mayer-Lay.

Abg. **Volker Mayer-Lay (CDU/CSU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Tatsächlich kann ich das zuvor Gesagte als Berichterstatter für den Verbraucherschutz in unserem Ausschuss gut ergänzen. Wie wir wissen, gehen Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz oftmals Hand in Hand. Deshalb sind die Themen, die wir dort bearbeiten, für unseren Beirat nicht ganz unwesentlich. Ich fange mit einem Antrag an, den wir von der Union eingebracht haben und der sich mit dem Thema „Mogelpackungen“ befasst. Auch unsere Ministerin, Frau Lemke, hat angekündigt, dieses Thema in den parlamentarischen Betrieb einspeisen zu wollen. Wir sind gespannt, welche gesetzlichen Vorschläge sie dort unterbreiten wird. Es geht um versteckte Preiserhöhungen durch geringeren Inhalt von Verpackungen bei gleichem Preis, wobei das oftmals mit viel Luft in den Verpackungen einhergeht. Es geht darum, effizient Verpackungen herzustellen und diese möglichst bis zum Rand zu füllen. Deshalb ist es nicht nur ein Verbraucherschutzthema, sondern mitunter ein Umweltschutzthema. Dahingehend sind wir mit der Ampelkoalition auf einem gemeinsamen Weg. Unser Antrag war vergangene Woche nochmals im Ausschuss und wird in zweiter sowie dritter Lesung aller Voraussicht nach im November 2023 im Plenum sein.

Ein weiteres großes Thema, das wir diskutiert haben und bei dem noch nicht allzu viel passiert ist, ist das Recht auf Reparatur. Das steht bei Ihnen im Koalitionsvertrag. Das ist Nachhaltigkeit in ihrer reinsten Form, denn wenn wir weniger wegwerfen müssen und weiterhin Produkte funktionstüchtig erhalten können – was manchen Unternehmern widerstrebt, da sie neue Dinge verkaufen und Geld verdienen wollen –, wären wir einen guten Schritt weiter. Momentan besteht die Situation, dass die Ministerin auf ein Ergebnis aus Brüssel wartet. Auch die Europäische Union will hier liefern. Wir alle wissen aber, wie lange



diese Prozesse auf europäischer Ebene dauern können. Deshalb ist es denkbar, dass wir innerhalb Deutschlands zusätzlich einen nationalen Weg gehen werden. Wir haben schon einige regionale Umsetzungen. So sind es bisher die Bundesländer Berlin und Sachsen, die eigene Wege gehen wollen. Zudem gibt es eine Forderung nach einem Reparaturbonus. Die Bevölkerung erachtet das Recht auf Reparatur als eine sinnvolle und schleunigst anzugehende Maßnahme, wie sich an den 70 000 Unterschriften zeigt, die erst kürzlich an die Ministerin übergeben worden sind.

Ein weiterer Antrag, den wir eingebracht haben und für den inzwischen der Landwirtschaftsausschuss federführend ist, ist der Antrag, „gepanschten Honig“ klar zu kennzeichnen. Wir sind ein Honigimportland. Wir verzehren mehr Honig als wir selbst erzeugen, sodass viel aus anderen Ländern mit der Bezeichnung „Honig“ eingeführt wird. Dieser eingeführte Honig entspricht jedoch nicht dem Honig, den wir in Deutschland zu produzieren pflegen, sondern ist vielmehr „gepanscht“. So kommen gerade aus China oder aus der Türkei minderwertige Produkte, diese sind allerdings für die Verbraucher nicht klar erkennbar. Deshalb fordern wir eindeutige Inhalts- und Herkunftsangaben und stehen dahingehend in Absprache mit dem Landwirtschaftsausschuss.

Darüber hinaus denken wir – und in diesem Sinne sind die Zielsetzungen von Union und Ampel gar nicht mal so unähnlich – an eine Stärkung regionaler Lebensmittel und an eine Lebensmittelkennzeichnung, sodass die Menschen wissen, wo etwas herkommt und entsprechend auf regionale oder nationale Lebensmittelprodukte zurückgreifen können, die einen deutlich besseren ökologischen Fußabdruck haben. Ein weiteres Thema, das wir gerade bearbeiten, ist „Transparenz bei Heizkostenabrechnungen“. Letztlich müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, was sie verbrauchen, um mitunter sparen zu können. Das ist ein grober Überblick über die Verbraucherschutzthemen gewesen. Danke.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön. Ich schaue in die Runde. Gibt es zu diesem Themenkomplex Fragen, Bemerkungen oder Hinweise? Herr

Riexinger.

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** Ich hätte eine kleine Frage. Ich kann mir vorstellen, dass das Thema „Umwelt“ neben seiner Schnittstelle zum Klimaschutz viele weitere Berührungspunkte zu Bereichen wie Flächenverbrauch, Verkehr und Gebäude, Organisation der Landwirtschaft sowie Ernährung und damit auch viel Kontakt zu anderen Ausschüssen hat. Es muss schwer sein, dort klare Abgrenzungen zu treffen. Wie geht der Umweltausschuss damit um?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wer von Ihnen beiden kann und will darauf reagieren? Frau Ganserer.

Abg. **Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das Thema „Fläche und Boden“ kann nicht genug Unterstützung bekommen – ob von Regierungs- oder Oppositionsseite. Es wird an allen Ecken und Enden von diesem knappen und nicht vermehrbaren Gut, das die Grundlage unserer Existenz bildet, gezehrt. Die Bundesregierung hat sich schon vor über 20 Jahren Ziele zur Reduktion des Flächenverbrauches gegeben. Es ist eine schöne Sache, dass über die verschiedenen parteipolitischen Farbkonstellationen hinweg an diesem Ziel festgehalten wird. Wenn man sich den Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie anschaut, sieht man, dass die Reduktion halbwegs auf der Zielgeraden ist. Dennoch steht jeder Hektar, der versiegelt und verbaut wird, nicht mehr zur Verfügung – weder für die landwirtschaftliche Produktion noch als Naturraum. Hier braucht es weitere Anstrengungen. Selbst wenn wir auf der Zielgeraden sind und perspektivisch bis 2050 auf einen Flächenverbrauch mit einer Bilanz „Null“ kommen, werden in Deutschland Flächen zusätzlich versiegelt, die fast so groß wie das Saarland sind. Ich hoffe, und auch das ist im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir das Bodenschutzgesetz hinbekommen. Das Thema „Reduktion des Flächenverbrauches“ wäre etwas, das dort adressiert werden könnte. Das ist jedoch aufgrund der Zuständigkeitsbereiche und der zugrunde liegenden Interessen, die sehr unterschiedlich sind, nicht ganz einfach.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Wir gehen nun zum Thema „Verteidigungsausschuss“ über. Der Kollege



Gründer hat sich bereiterklärt, zu berichten.
Deswegen bitte ich um einen kurzen Überblick.

Abg. **Nils Gründer** (FDP): Wir haben im Bereich Ukraine und neuerdings mit Israel alle Hände voll zu tun. Das sind die dominierenden Themen. Nichtsdestotrotz hat Verteidigungspolitik auch einen Nachhaltigkeitsbezug, und zwar wenn es darum geht, uns unabhängig von Ressourcen zu machen, weil eine Unabhängigkeit von Ressourcen unsere Verteidigungsfähigkeit dahingehend stärkt, dass wir nicht von Gas- und Rohstoffversorgungen aus anderen Nationen abhängig sind. Es gibt eine „Innovation Hub“ bei der Bundeswehr. Ich kann jedem empfehlen, sich das anzugucken, da sich das genau mit den Themen auseinandersetzt. So stellt sich bspw. die Frage, wie wir einen Kampffjet treibstoffemissionsarm hinbekommen. Ein solches Vorhaben ist nicht nur für Klima und Umwelt vorteilhaft. Wenn man es schafft, unabhängig von Ressourcen zu werden, stärkt das die Resilienz gegenüber potenziellen Gegnern.

Das zweite Thema, das uns im Verteidigungsausschuss unter dem Aspekt „Nachhaltigkeit und Umwelt“ beschäftigt, ist das Thema „Übungsplätze“. Wir haben nämlich große Übungsplätze in Deutschland, die eine einzigartige Flora und Fauna darstellen, weil dort zum Großteil unbefleckte Landschaft ist. Der Übungsplatz enthält zu Übungszwecken für die Bundeswehr zwar künstlich gebaute Dörfer, ansonsten besteht auf diesen Plätzen jedoch nur Natur. Faszinierend ist auch, dass die Tiere genau wissen, zu welchen Uhrzeiten geschossen wird und sich zu diesen Zeitpunkten verstecken. Dahingehend stellt sich die Frage, wie solch eine einzigartige Flora und Fauna nachhaltig abgesichert werden kann. In den letzten Monaten hatten wir das Problem, dass viele unserer Übungsvorhaben bei der Bundeswehr nicht stattfinden konnten. Dadurch, dass die Übungsplätze in den seltensten Fällen komplett eingezäunt sind, hatten wir Probleme mit der Schweinepest. Wenn so ein Fall auftritt, wird erst einmal der gesamte Übungsplatz lahmgelegt, damit weder Tier noch Mensch gesundheitlich gefährdet werden. Für unsere Verteidigungsfähigkeit ist es dabei ein Problem, wenn Übungen, auf die man sich monatelang vorbereiten muss, aufgrund derartiger

Begebenheiten nicht stattfinden können.

Nun zu dem Thema „Munitionsaltlasten“. Wie gehen wir mit den Munitionsaltlasten um, die noch in der Ostsee liegen? Es steht immer wieder zur Diskussion, ob die Altlasten in die Luft gesprengt oder doch entschärft werden sollten. Für manche Übungsvorhaben bietet es einen strategischen Vorteil, wenn eine Mine kontrolliert gesprengt wird. Das Sprengen einer Unterwassermine ist dabei aber eine relativ große Detonation, die sich auf die Umgebung auswirkt. Die Bundeswehr überlegt sich bei solchen Thematiken bewusst, wie verantwortungsvoll mit dem Meeresboden umgegangen werden kann. Bei dem Thema „Infrastruktur“ stellt sich wiederum die Frage, wie nachhaltig gebaute Kasernen aussehen könnten. Der Vorteil für den Verteidigungsausschuss liegt in der Möglichkeit, Energiekosten zu sparen, indem bspw. mit Solarenergie gearbeitet wird. Unter Berücksichtigung des Verteidigungsetats, der potenziell als einziger Etat nächstes Jahr steigen wird, haben wir gesehen, dass ein Großteil der finanziellen Mittel sowohl für Personal als auch für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden muss. Sollte es gelingen, Geld in alte Gebäude zu investieren und die Infrastruktur auf ein modernes Level zu heben, bestünde ein langfristiges und hohes Einsparpotenzial für die Bundeswehr.

Das sind Überlegungen, die wir als Verteidigungsausschuss dem BMVG nahelegen. Dabei geht es nicht allein um den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug. Vielmehr wird dieser unter dem Aspekt der Steigerung der Unabhängigkeit und Resilienz in der Verteidigungsfähigkeit betrachtet. Das sind alles Faktoren, auf die man erst mit dem zweiten Gedanken kommt, die jedoch ausschlaggebend für die Nachhaltigkeit und die Verteidigungsfähigkeit sind.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Gründer. Ich schlage vor, dass wir in der Tagesordnung fortfahren. Ich sehe keinen Widerspruch. Vielen Dank Ihnen dreien.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Die Obleute aller Fraktionen haben sich darauf



verständnis, die öffentliche Anhörung zu dem Thema „Finanzen“ vom 15. auf den 8. November 2023 vorzuziehen. Die Einzelheiten kennen Ihre Obleute. Insofern bitte ich Sie, dort bei Bedarf nachzufragen. Gibt es noch Fragen, Bemerkungen oder Hinweise? Das ist nicht der Fall. Dann

bedanke ich mich und schließe diese Sitzung. Nach einer kurzen Pause fahren wir mit der nächsten Sitzung fort

Schluss der Sitzung: 17:27 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender